

Greta Thunberg in der Kritik: Solidarität mit Gaza oder Antisemitismus?

Greta Thunberg sticht mit Aktivisten in See, um Hilfsgüter nach Gaza zu bringen. Kontroversen um Antisemitismus und FFF-Positionen.



Amsterdam, Niederlande - Am 3. Juni 2025 ist Greta Thunberg erneut in den Fokus der internationalen Medien geraten, nachdem sie mit Aktivisten in See gestochen ist, um Hilfsgüter in den Gazastreifen zu bringen. Diese Aktion löst heftige Kontroversen aus, insbesondere Vorwürfe von Antisemitismus in Bezug auf ihre Solidarität mit den Palästinensern. Thunberg fordert in ihren Äußerungen eine sofortige Feuerpause und Gerechtigkeit für Palästinenser sowie Zivilisten und zeigt sich mit Mitstreiterinnen, die ein „freies Palästina“ fordern. **Compact Online** berichtet, dass die Meinungen über Thunberg stark polarisiert sind.

Bereits in der Vergangenheit erlangte Thunberg Anerkennung

für ihre Klimaaktivitäten und erhielt Auszeichnungen wie den alternativen Nobelpreis sowie den Titel „Person of the Year“ von Time. Doch nun sehen sich Thunberg und ihre Bewegung, Fridays for Future (FFF), mit scharfer Kritik konfrontiert. Kritiker wie Ricarda Lang und Volker Beck haben sich von ihr distanziert und sie als „Israelhasserin“ bezeichnet. Ihre Äußerungen werden teilweise als Ausdruck von Menschlichkeit interpretiert, nicht jedoch als Parteinahme für die Hamas. Dies sorgt für eine erhebliche Diskrepanz zwischen ihren Unterstützern und den Kritikern, die Thunbergs Haltung als einseitig bewerten.

Internationale Unterstützung oder antisemitische Aussagen?

Das internationale Netzwerk von Fridays for Future unterstützt Thunbergs Aussagen und kritisiert gleichzeitig die Medienberichterstattung über ihre Aktionen. Auf Plattformen wie X und Instagram postete Thunberg ein Foto vor dem schwedischen Parlament, das sie mit einem Plakat zeigt, auf dem „Gerechtigkeit für Palästina“ steht. Dies löste Kontroversen aus, da sie in ihren Stellungnahmen die 1.400 israelischen Todesopfer des Hamas-Angriffs sowie die Geiseln im Gazastreifen nicht erwähnte. Diese einseitige Darlegung der Ereignisse führte zu Vorwürfen des Antisemitismus. Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, kritisierte die lancierten Äußerungen und fordert eine Distanzierung von FFF, da diese nicht die Haltung aller Aktivisten widerspiegeln.

Joseph Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, äußerte ebenfalls starke Bedenken und forderte eine klare Abgrenzung der deutschen FFF-Sektion vom internationalen Netzwerk. Er warf der globalen Bewegung Geschichtsverdrehung und Dämonisierung Israels vor. Durch die öffentliche Welle des Unmuts, auch in der deutschen Politik, ist der Druck auf Thunberg und FFF nur gewachsen. Stimmen in der deutschen Politik fordern ein sofortiges Handeln und eine klare Stellungnahme zu den Vorwürfen. Katja Mast von der SPD und Lukas Köhler von der FDP brachten dies in ihren Forderungen

zum Ausdruck.

Distanzierung und interne Spannungen

Gleichzeitig distanziert sich die deutsche Sektion von Fridays for Future zunehmend von Thunberg und ihren internationalen Mitstreitern. Teile der Bewegung beschreiben sich als eigenständig und haben die internationale Vernetzung ausgesetzt. Aktivisten bestätigen, dass sie weiterhin für die ursprünglichen Anliegen der Klimabewegung eintreten, ohne die umstrittenen politischen Äußerungen Thunbergs zu übernehmen. Diese Entwicklung zeigt eine klare interne Spaltung innerhalb der Bewegung, die Gerüchte über Thunbergs Rückhalt sowohl in Deutschland als auch international aufnimmt.

Die Situation um Thunberg und FFF sorgt nicht nur innerhalb der Klimabewegung für Aufregung. Bei einem aktuellen Auftritt in Amsterdam trug Thunberg ein Palästinensertuch und skandierte den Slogan „No climate justice on occupied land“, was wiederum zu Protesten zwischen den Teilnehmern führte. Thunberg und ihre Unterstützer betonen, dass der Klimaschutz auch die Stimmen der Unterdrückten einbeziehen müsse, was für viele Teilnehmer Anlass zur Debatte gab.

In den Niederlanden, wo hunderte von Tausenden für das Klima demonstriert haben, wurde die politische Lage zwischen den Unterstützern von Palästinensern und denen von Israel ebenfalls deutlich. Diese Kluft hat das gesamte Spektrum der Klimabewegung herausgefordert und führt zu der Frage, ob das eigentliche Anliegen – der Klimaschutz – durch die politischen Kontroversen in den Hintergrund gedrängt wird. Während die Diskussion um antisemitische Äußerungen von FFF und Thunberg fortschreitet, stellt sich die Frage, inwieweit die Klimabewegung sich weiterhin auf ihren ursprünglichen Fokus konzentrieren kann.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Amsterdam, Niederlande
Quellen	• www.compact-online.de • www.tagesschau.de • taz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net